

## Stimmen

### „Situation spitzt sich weiter zu“

**Prof. Dr. Margret Wintermantel, Präsidentin der Hochschulrektorenkonferenz:** „Wenn das Finanzsystem in Nöten ist, wird entschlossen gehandelt. Wenn das Bildungswesen Not leidet, wird eine Arbeitsgruppe gebildet. Bund und Länder weisen den Hochschulen zusätzliche Aufgaben zu, ohne deren Finanzierung zu sichern. Damit spitzt sich die Situation zu.“

### „Fernziele sind wenig wert“

**Dr. Arend Oetker, Präsident des Stifterverbandes für die deutsche Wissenschaft:** „Wir brauchen deutlich mehr Akademiker, vor allem in den Natur- und Technikwissenschaften. Vor allem die Länder müssen jetzt endlich beginnen, die Bildung als Gesamtsystem zu behandeln, statt auf ihren Einzelinteressen zu beharren. Ambitionierte Finanzierungsziele für die ferne Zukunft (2015) sind wenig wert.“

### „Die Ergebnisse sind enttäuschend“

**Prof. Dr. Rolf Dobischat, Präsident des Deutschen Studentenwerks:** „Gemessen an den Erwartungen (...) sind die Ergebnisse enttäuschend. Die bildungspolitischen Ziele, die gestern verabredet wurden, hängen von einer vernünftigen Finanzierung ab. Dazu gab es in Dresden keine verbindlichen Aussagen. (...) Der Gipfel war nicht der große Wurf, den wir uns erhofft haben und kein wirkliches Aufbruchsignal für den Weg in die Bildungsrepublik.“

- Bund und Länder wollen bis 2015 zehn Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Bildung und Forschung ausgeben.
- Das wurde auf dem groß angekündigten Bildungsgipfel in Dresden beschlossen.
- Die Finanzierung ist jedoch völlig offen. Ein Arbeitskreis denkt darüber nach.

# Der Bildungsgipfel bringt wenig konkrete Ergebnisse

Von Mareike Knoke

**Dresden** Deutschland will bis 2015 ein ehrgeiziges Ziel erreichen. Zehn Prozent des Bruttoinlandsproduktes sollen für Bildung und Forschung ausgegeben werden: drei Prozent für die Forschung, sieben Prozent für den übrigen Bildungsbereich. Darauf einigten sich Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel (CDU) und die Ministerpräsidenten der Länder Ende Oktober auf dem Bildungsgipfel in der „Dresdner Erklärung“.

Das entspräche etwa 25 Milliarden Euro zusätzlich pro Jahr. Die Kanzlerin wertete dies und das elfseitige Strategiepapier als großen Erfolg. Doch laut Krista Sager, stellvertretende Bundesfraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen und in ihrer Partei zuständig für Wissenschaft, wäre diese Summe das Mindeste, um international den Anschluss ans Mittelfeld zu erreichen.

Ferner hat der Bund sich verpflichtet, die Exzellenzinitiative bis 2020 zu verlängern. Und mit dem Hochschulpakt II soll der für diesen Zeitpunkt berechnete Bedarf an 275 000 Studienplätzen sichergestellt werden. Der Bund will die Hälfte der Finanzierung übernehmen. Wie viel das sein wird, will die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz (GWK) von Bund und Ländern aber erst im nächsten Jahr sagen (siehe S. 4). Auch soll die Zahl der Studienanfänger auf 40 Prozent eines Abiturientenjahrganges steigen. Zugleich sollen die Barrieren für ein Studium

für Berufstätige ohne Abitur beseitigt werden. All dies, um dem dramatischen Fachkräftemangel vor allem im ingenieurwissenschaftlichen Bereich zu begegnen.

Die Kanzlerin erklärte zwar, Deutschland bewege sich nun in großen Schritten auf eine „Bildungsrepublik“ zu. Doch sind etliche der in Dresden formulierten Strategien nicht neu, und offen geblieben ist, wie das alles finanziert werden soll. Dass hinter dem Problem offenbar vor allem die Finanzminister der Länder stecken, zeigte auch die GWK-Sitzung eine Woche später (siehe S. 4).

„Wir kommen um eine Erhöhung der Finanzausstattung der Hochschulen nicht herum. Sie benötigen in den kommenden Jahren mindestens 2,6 Milliarden Euro zusätzlich pro Jahr“, sagte die Präsidentin der Hochschulrektorenkonferenz, Prof. Dr. Margret Wintermantel. Doch die Frage, wie die unvermeidlichen Mehrausgaben auf Bund und Länder verteilt werden, wurde bis zum nächsten Jahrestreffen der Ministerpräsidenten Ende Oktober 2009 vertagt.

Im Gipfel-Papier heißt es: „Die Länder erwarten hierzu einen höheren Anteil am Umsatzsteueraufkommen oder alternativ, dass der Bund die Bildungsaufwendungen über das bisherige Maß hinaus erhöht. Der Bund widerspricht dem zum jetzigen Zeitpunkt.“

Das belegt Unstimmigkeiten am Verhandlungstisch zwischen Merkel und den Ministerpräsidenten. Nun soll zunächst ein



Den Bildungsgipfel in

„Wir vermissen klare Zusagen, feste Termine.“



Foto: picture alliance

Sicht, aber nicht erreicht. Bundeskanzlerin Angela Merkel, Ministerpräsidenten in Dresden.

Arbeitskreis gebildet werden, um Finanzierungslösungen zu erarbeiten. Dabei hatte Bundesforschungsministerin Dr. Annette Schavan (CDU) vor dem Bildungsgipfel versichert: Man wolle in Dresden handfeste Verabredungen treffen und nicht nur Gespräche über Strategien führen.

Etliche Wissenschaftsminister empfanden den Gipfel deshalb als eine wenig konkrete „Showveranstaltung“ oder als „politischen Voodoo“ und reagierten mit scharfer Kritik. „Als Tiger gestartet, als Bettvorleger gelandet – dieser Bildungsgipfel bleibt am Ende eine herbe Enttäuschung. Von einem Aufbruch in die Bildungsrepublik kann hier wirklich nicht die Rede sein“, äußerte Sachsens Wissenschaftsministerin Dr. Eva-Maria Stange (SPD). Es sei „ein absolutes Armutszeugnis“, dass statt konkreter Zusagen lediglich ein Arbeitskreis herausgekommen sei, „frei nach dem Motto: Wer nicht mehr weiter weiß, gründet einen Arbeitskreis.“

„Nach dem Bildungsgipfel zeigt sich: Vorhang zu, die meisten Fragen offen. Wir vermissen klare Zusagen, feste Termine und verbindliche Budgets“, kommentierte der nordrhein-westfälische Wissenschaftsminister Prof. Dr. Andreas Pinkwart (FDP).

Schon im Vorfeld des Gipfels hatte es schlechte Stimmung zwischen Merkel und den Ministerpräsidenten gegeben, die Bevormundung witterten. Baden-Württembergs Ministerpräsident Günther Oettinger (CDU)

etwa hatte sich bindende Vorgaben verboten. Zuhilfenahme um Einzelheiten der „Dresdner Erklärung“ verhandelt und gekämpft worden. Zwischenzeitlich erklärten die CDU-Ministerpräsidenten, sie wollten beim Gipfel in der Sachsenmetropole eine eigene Erklärung verabschieden. „Ich hoffe, dass er nach drei Stunden vorbei ist“, äußerte denn auch Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Dr. Wolfgang Böhmer unmittelbar vorher und fügte hinzu: „Dass Bildung wichtig ist, wussten wir schon vor dem Gipfel.“

Grüne, FDP, Linke, Hochschulrektorenkonferenz, Stifterverband für die deutsche Wissenschaft, Deutsches Studentenwerk und Gewerkschaften übten unisono Kritik. So erklärte Ulrich Thöne, Vorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW): „Die Ministerpräsidenten der Länder haben den Bildungsgipfel geschliffen. Der Kirchturm-Föderalismus hat gesiegt.“

Prof. Dr. Peter Strohschneider, Vorsitzender des Wissenschaftsrates, fand lobende Worte: „Ich begrüße ganz außerordentlich, dass es Bund und Ländern gelungen ist, Bildung und Wissenschaft an die Spitze der politischen Prioritäten zu setzen.“ Enttäuscht ist er jedoch darüber, „dass die Aussagen zur Verbesserung der Qualität der Lehre viel zu unverbindlich formuliert sind“.

Mareike Knoke ist duz-Redakteurin.

## Chronologie

■ Angela Merkel ist nicht der erste Kanzler, der in Sachen Bildung zu einer Krisensitzung ruft. Bereits **1993** versammelte der damalige Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl (CDU) Bund und Länder. Damals ging es allerdings darum, die „Akademikerschwemme“ einzudämmen.

■ Im Jahr **2000** beschäftigte der Pisa-Schock Gerhard Schröder (SPD). Er machte Bildung **2002** zum Wahlkampfthema und monierte, Deutschland gebe viel zu wenig für Bildung aus.

■ Die Länder fordern vom Bund mehr Geld für ihre Bildungsausgaben, betrachten die Bildung jedoch strikt als ihr Ressort. Durch Teil 1 der Föderalismusreform wurde dies **2006** zementiert.

■ Angesichts des Fachkräftemangels, vor allem im Ingenieurbereich, startete das Bundesforschungsministerium **2007** eine „Qualifizierungsoffensive“, die im **Januar 2008** in ein Strategiepapier mündete. Etwa zeitgleich entstand die Idee für den Qualifizierungsgipfel im **Oktober in Dresden**, der in den Medien fortan als „Bildungsgipfel“ auftauchte.

■ Der **Bildungsbericht der OECD 2008** zeigte erneut: Deutschland hinkt mit Bildungsausgaben von 5,1 Prozent des Bruttoinlandsproduktes hinterher.

■ Zur Vorbereitung auf den Qualifizierungsgipfel brach Angela Merkel im **August 2008** zu einer „Bildungsreise“ auf und besuchte Fachhochschulen und Universitäten.

■ Einige CDU-Ministerpräsidenten drohten vor dem Gipfel, die Veranstaltung platzen zu lassen. Hintergrund waren Kompetenzfragen. Die Ministerpräsidenten kündigten an, in Dresden ein eigenes Papier vorzulegen.